

HANS LUDWIG

66692 LOSHEIM AM SEE  
Zum Stausee 82  
T.: 06872/9210-1334  
eMail: Halume@t-online

## Leserbrief

05.11.2019

Zu Saarbrücker Zeitung vom 05. November „Streit über Grundrente geht in Verlängerung“ und andere Beiträge zum gleichen Thema.

CDU und SPD, die beiden großen Volksparteien und Träger der GroKo, scheinen von allen guten Geistern verlassen. Wo in der jetzigen Situation programmatische Orientierung, Führungsstärke und Zuversicht verbreitet werden müssten, um die in weiten Bevölkerungskreisen – besonders auch in der eigenen Klientel – verbreiteten und wachsenden Ängste abzubauen, verstärken sie die Kritik an ihrem Führungspersonal und lassen jegliche Kontinuität in der programmatischen Grundausrichtung vermissen. Der jetzige Streit um die Grundrente ist so überflüssig wie ein Kropf. CDU und SPD haben beide das bestehende Sozialversicherungssystem auf der Grundlage der Umlagefinanzierung geschaffen, das keine Bedürftigkeitsprüfungen kennt, grundsätzlich beitragsfinanziert ist und deswegen auch allseits große Anerkennung findet und vor allem, trotz aller Kritik, wunderbar funktioniert

Es machte Sinn, dieses für die Lebensexistenz der meisten Menschen entscheidende Sicherungssystem aus der Tagespolitik herauszuhalten und den Sozialversicherungsträgern – die nicht steuerfinanziert sind – zu überlassen. Diese werden dann mit dafür sorgen, weil sie auch auf eine für lange Zeit einigermaßen im Gleichgewicht befindliche demografische Entwicklung angewiesen sind, dass nicht in jeder Legislaturperiode alles wieder grundsätzlich in Frage gestellt wird. Daran ist ja auch unsere Familienpolitik kläglich gescheitert, was mit Ursache geworden ist, für den jetzigen Handlungsbedarf bei der Grundrente. Die soziale Absicherung muss für ein ganzes Leben halten.

Wie wäre es, die SPD würde ihr Modell einer Bürgerversicherung, ergänzt um Einkommen für die gesellschaftliche Arbeit wie Erziehung, Pflege, Gesundheit und Bildung, endlich öffentlich im aktuellen Zusammenhang diskutieren und die CDU würde ihre eigenen Vorbehalte gegen jegliche staatliche und steuerfinanzierte Versorgung nach dem Subsidiaritätsprinzip umwandeln in eine Politik, die diese Aufgaben in die Zuständigkeit der Bürgergesellschaft, sprich Sozialversicherungen gibt, wo dann Einkommen und Rentenanwartschaften aufgrund von Arbeit entstehen, die die Grundrente überflüssig machen. Zumal das Ganze dann auch ohne Rücksicht auf Familienbindungen geschehen könnte, so dass insbesondere die Frauen völlig unabhängig von Einkommen und Renten des Mannes und von Vermögen eine eigenständige Soziale Absicherung erhielten.

Das lässt sich in einem Rechenmodell sehr gut darstellen. In diesem lässt sich sogar ein bedarfsorientiertes Kindergeld von 550,- € pro Monat und Kind finanzieren, ohne Änderung von Steuer- und Beitragssätzen, lediglich erweitert um Beamte, Selbständige, Freiberuflicher, Azubis und Studenten sowie Gehälter der MitarbeiterInnen in Kitas und Kindergärten, die dann Beiträge bis zur Beitragsbemessungsgrenze einzahlen müssten.

Warum haben CDU und SPD ihre programmatischen Traditionen verlassen und begehen nun beide faktisch einen Suizid.

Hans Ludwig  
Losheim am See